# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Naden & Comp., Nr. 1268.

**Organ für das werktätige Volk**

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 293 | Dresden, Dienstag den 16. Dezember 1924 | 35. Jahrg.


# Die gewesene Regierung

Dem Druck der Deutschen Volkspartei weichend, hat die Regierung Marx am Montagabend dem Reichspräsidenten offiziell ihre Dimission überreicht. Abgesehen von den im letzten Jahre überstandenen Minister- und Regierungskrisen, war das zurückgetretene Ministerium mehr als ein Jahr im Amt. So oft es verschwinden sollte und wollte, kehrte es nach wochenlangen Krisen wieder.

Die Regierung Marx hat in mancher Beziehung zweifellos ihre Verdienste. So sind z. B. außenpolitische Erfolge nicht zu bestreiten. Aber der Dank dafür gebührt nicht Herrn Stresemann, sondern wenn er überhaupt einer Persönlichkeit zukommt, dann dem Reichskanzler Marx. Er hat es verstanden, überall Vertrauen zu erwecken, und nur so konnte jener „Silberstreifen" am außenpolitischen Horizont erscheinen, von dem Herr Stresemann fortwährend redet. Dr. Marx hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß die Sozialdemokratie an der Besserung unsrer außenpolitischen Lage nicht unbeteiligt ist. Stresemann brachte dagegen nie diese Ehrlichkeit auf. Aber das ändert nichts daran, daß, ohne eine starke Sozialdemokratie im Rücken, die Reichsregierung in London nicht so abgeschnitten hätte, wie es in Wirklichkeit der Fall war. Vielleicht wäre heute noch Dortmund und Umgebung besetzt, wenn die Außenpolitik des Reiches in der Sozialdemokratie nicht eine Stütze gefunden hätte, die in der ganzen Welt Vertrauen hervorrief und insbesondere auf Herriot ihre Wirkung nicht verfehlte. So mußten der Regierung Marx außenpolitische Erfolge beschieden sein, die aber restlos vernichtet werden, wenn das neue Kabinett die Politik der Regierung Marx nicht bis zur äußersten Konsequenz fortführt.

Innerpolitisch vermögen wir der zurückgetretenen Regierung nur Tadel zu spenden. Ihr Innenminister Dr. Jarres ist kaum sehr oft in die Erscheinung getreten, aber wenn es der Fall war, zeigte er sich als Reaktionär, als Mann, der für die Psyche der großen Masse nicht das geringste Verständnis hat. Er brachte zu Beginn des Jahres den traurigen Mut auf, gegen die sozialdemokratische Regierung in Thüringen unter Mißbrauch der Reichsverfassung eine Reichsexekutive einzuleiten, die sich auf ganz gemeine Denunziation stützte. In Bayern aber durfte monatelang Hochverrat begangen werden. Jarres ist auch der Vater des Gedankens gewesen, die Rechte der verfassungsmäßig amtierenden thüringischen Regierung zu beschneiden und unter dem Druck des Militärs Landtagswahlen vornehmen zu lassen. Der Lohn für den Mißbrauch der tatsächlichen Rechte soll Herrn Jarres in einer Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl entstehen. Diese Kateridee zeigt, wie arm die Rechtsparteien an Persönlichkeiten sind; denn Jarres ist weder ein Minister noch ein Reichspräsident.

Auf wirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Gebiete kann das zurücktretende Kabinett, dessen Regierungszeit ja in die beginnende Geld- und Wirtschaftsstabilität fiel, zweifellos auch einige Erfolge buchen. Ihnen stehen aber eine Reihe von Fehlschlägen und eine Reihe von Unterlassungssünden gegenüber. Sie haben ihren Grund in einer manchmal direkt auffallenden Passivität der Regierung in Wirtschaftsdingen, die sich nur zu guterletzt aus dem ungeheuren Einfluß des Unternehmertums auf die offizielle Wirtschaftspolitik erklären läßt.

Das Kabinett Marx hinterläßt eine Erbschaft, die, alles in allem betrachtet, politisch nicht schlecht ist, wirtschaftlich aber die Schwierigkeiten gesteigert und die Gefahren vermehrt hat. Wer dieses Erbe antritt, ist vorläufig gänzlich ungewiß. Der Reichspräsident wird am heutigen Dienstag die ersten Besprechungen mit den Parteiführern haben und im Verlauf des Mittwoch weitere Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten führen.

Bis dahin dürfte auch Herr Stresemann zurückgekehrt sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Ruf zunächst an ihn ergeht, auch ohne daß Stresemann bereit ist, ihn anzunehmen. Was dann kommen soll, bleibt den nächsten Tagen überlassen. Bis jetzt sieht es so aus, daß auch noch eine Reihe von Persönlichkeiten bis in die nächste Woche hinein ihr Heil versuchen, aber scheitern und dem deutschen Volke dann zu Weihnachten die jetzige Regierung Marx in etwas veränderter Form als Weihnachtsbescherung dargebracht wird.

•

## Zentrum und Rechtsblock

**Köln**, 15. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die rheinische, vor allem die Kölner Zentrumspresse, fährt fort, gegen die Bestrebungen zur Bildung eines Bürgerblocks die schwersten Geschütze aufzufahren. Die Kölnische Volkszeitung läßt sich z. B. am Montag von ihrer Berliner Vertretung einen Artikel drahten, der sich erneut scharf gegen die Politik der Stresemänner und der Deutschnationalen richtet. Von der Zentrumspartei sagt der Artikel: „Das Zentrum hat die Wahlen so eindeutig geführt und seine politische Stellung so eindeutig umrissen, daß seine Linie feststeht. Für das Zentrum ist die Frage ausschlaggebend, ob diese Linie gesichert wird oder nicht. Denn für eine Politik der Experimente kann sich eine Partei niemals hergeben, die sechs Jahre lang die Verantwortung getragen hat und an führender Stelle die Konsolidierung einzuleiten verstand, die jetzt in Staat und Wirtschaft einzutreten und sich weiter auszuwirken beginnt."

Die Rheinische Volkswacht, das offizielle Kölner Zentrumsblatt, bringt einen längeren Artikel ihres parlamentarischen Mitarbeiters, in dem es heißt: „Das Zentrum denkt nicht daran, immerfort die Kastanien aus dem Feuer zu holen, die die Deutsche Volkspartei hineingeworfen hat. Das Zentrum wird einen Rechtsblock in dem von der Deutschen Volkspartei gewünschten Sinne nicht von vornherein sabotieren; es würde die Taten eines solchen Gebildes abwarten, wenn es überhaupt zustande käme, und daraus dann die gebotenen Schlußfolgerungen ziehen. Daß Kanzler Marx in aller Oeffentlichkeit und auch den Parteiführern gegenüber offiziell die Erklärung abgegeben hat, daß er bei der gegenwärtigen Lage persönlich die Sicherheit für die mittlere Linie nicht als gegeben erachtet, hat im In- und Ausland alarmierend gewirkt. Da ist man aufmerksam geworden, welch kritische Dinge am Werke sind. Denn das Volk, das dem Kanzler Marx folgte und das seine Politik durch ein gewaltiges Vertrauensvotum bekräftigte, sagt sich, daß eine Politik nicht gut sein kann, die Marx als Führer nicht mehr mitzumachen vermag. Es wird der Deutschen Volkspartei nichts andres übrig bleiben, als daß sie den Versuch macht, die Schwierigkeiten, die sie nun wiederum ohne Not geschaffen hat, zu meistern. Will oder kann sie das nicht, dann wird ihr nichts andres übrig bleiben, als auf die Führerrolle, die sie beansprucht, endgültig zu verzichten und ihre politischen Maßnahmen nach den wirklich verstandenen „realen Tatsachen" einzustellen ..."

# Um den Bürgerblock

Wir erhalten vom Genossen Hermann Fleißner folgende Betrachtungen zum Kampfe um die Regierungsbildung:

Fast alle Erwägungen über die Bildung einer neuen Reichsregierung gehen davon aus, daß die Außenpolitik wie bisher weiter geführt werden müsse, und daß aus diesem Grunde eine Regierung mit Deutschnationalen sehr bedenklich, wenn nicht unmöglich sei. Das ist an sich nicht falsch, es ist aber jetzt nicht mehr das Primäre oder allein Maßgebende. Nachdem die Dinge so weit gediehen sind — besonders durch Annahme der Reparationsgesetze — und am 7. Dezember von den Wählern die Richtigkeit der Außenpolitik auf der Linie des Dawes-Gutachtens stark unterstrichen wurde, kann keine Regierung es wagen, ernsthaft daran zu rütteln. Sie hätte, wenn sie es täte, nicht nur die breiten Massen, sondern auch die maßgebenden Wirtschaftskreise gegen sich. Besonders dem Druck der letzteren ist es mit zuzuschreiben, daß die Deutschnationalen bei der entscheidenden Abstimmung im vorigen Reichstag es nicht wagten, durch ihre Schuld diese Gesetze zum Scheitern zu bringen. Sie wußten sehr genau, daß eine Neuwahl unter der Parole: Für oder gegen das Gutachten, ihnen eine sichere Niederlage gebracht hätte. Daß die Deutschnationalen im neuen Reichstag in der alten Stärke auftreten können, haben sie wahrscheinlich gerade dem Umstande zu danken, daß sie die Reparationsgesetze annehmen halfen. Nun wird es vielmehr in erster Linie um wichtige Lebensfragen der inneren Politik gehen. Aus diesem Grunde suchen die Deutschnationalen Einfluß in der Regierung zu gewinnen. Da kommt es auch nicht mehr so sehr auf die Staatsform an. Die Rechtler werden sich wohl oder übel mit der Republik abfinden, wenn sie nur in ihr ihre wirtschaftlichen Interessen so viel wie möglich fördern und wahrnehmen können. In diesem Streben treffen sie sich durchaus mit den Bestrebungen der Deutschen Volkspartei. Aus dieser Lage und Berechnung erklärt sich sehr einfach die Haltung der Deutschen Volkspartei, die ja nicht erst jetzt, sondern schon längst sich um die Regierungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen bemüht. Die Volksparteiler können nur mit Hilfe der Deutschnationalen ihre ausgesprochen kapitalistischen Interessen im gewünschten Sinne fördern. In der bisherigen Koalition würden sie doch gewisse Widerstände finden. Von dieser Hemmung wollen sie befreit sein.

Jetzt geht es um die Verteilung, richtiger ausgedrückt, um die Aufbürdung der Lasten. Auch alle die wirtschaftlichen Unternehmergruppen, die wohl oder übel die Annahme des Dawes-Gutachtens forderten, weil es die einzige Möglichkeit der Schaffung stabilerer Zustände bot, sind nunmehr bestrebt, die materiellen Wirkungen von Vermögen, Besitz und Unternehmerprofit fernzuhalten. Die beiden großen Rechtsparteien sind aber die politische Vertretung dieser Interessen. Insofern ist die Deutsche Volkspartei von ihrem Standpunkt aus nur konsequent, wenn sie die Koalition mit den Deutschnationalen herbeiwünscht. Die Reichspolitik aber ist der Brennpunkt der Gestaltung aller dieser in Betracht kommenden wichtigen Wirtschaftsfragen. Wie es mit der Regierung in Preußen werden soll, kommt erst in zweiter Linie.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat erst kürzlich wieder einen Vorstoß in der Richtung kapitalistischer Wirtschaftspolitik unternommen. Dieses Gremium, in dem Anhänger aller kapitalistischen Parteien sich befinden, verlangt stürmisch die Ablehnung des Washingtoner Abkommens über die Arbeitszeit. Die Herren lehnen den Achtstundentag ab, sie fordern eine längere Arbeitszeit. In allen andern wichtigen wirtschaftlichen Fragen ist das Unternehmertum, ob agrarisch oder industriell, ob politisch dieser oder jener Partei angehörend, sich ebenfalls einig. Schutzzölle und eine schlechte Sozialpolitik z. B. wollen sie alle. Nicht umsonst ließen sie ihre Gelder bei der Wahl zur Unterstützung kapitalistischer Parteien reichlich fließen. Kein Wunder, daß man nunmehr die neue Regierung konform den mächtigen Unternehmerorganisationen zu gestalten sucht. Wirtschaft, Wirtschaft! das ist die Losung. Da müssen die Arbeiter- und Unternehmerinteressen hart aufeinanderstoßen. Da nutzt alles Zureden, Verklettern und Moralisieren nichts. Jetzt ist offenbar der Zeitpunkt gekommen, wo dieser Entwicklung nicht mehr ausgewichen werden kann, vielmehr der Kampf zwischen hüben und drüben mit aller Schärfe entbrennt. Daß von dieser Scheidelinie aus gesehen die kapitalistischen Kreise eine starke Mehrheit im neuen Reichstage haben, ist zweifellos. Die wirtschaftliche Macht aber entscheidet, wenn auf der andern Seite nicht eine starke politische sie in Schach zu halten vermag. Soweit sind wir leider in Deutschland noch nicht. Also wird sich die deutsche Arbeiterklasse darauf einstellen müssen, das Gewicht ihrer politischen Interessenvertretung im Parlament durch außenparlamentarische Aktionen zu stützen und zu stärken.

Zu alledem kommt, daß eine grundsätzliche Abneigung gegen das Regieren der Deutschnationalen mit bürgerlichen Parteien bei keiner derselben zu finden ist! Beim Zentrum war schon im vorigen Reichstag der rechte, reaktionär gerichtete Flügel gegenüber dem linken in der erdrückenden Mehrheit. Sogar das führende, links eingestellte Blatt dieser Partei, die Germania, schwenkt bereits ein. Es schrieb dieser Tage, wenn das Experiment (mit den Deutschnationalen) nun schon gemacht werden müsse, so soll „mit aller Vorsicht dafür gesorgt werden, daß dem Vaterland keine Schaden geschieht." Das heißt, das Zentrum wird dabei sein. In einem Badeflugblatt des Zentrums war gesagt, daß die Deutschnationalen zum Regieren „erzogen" werden

# Konservative und Völkerbund

S. **London**, 15. Dezember. (Eigener Drahtb.) Auf eine Anfrage im Unterhause erklärte der Außenminister Chamberlain, daß die Ereignisse in Aegypten in der Sitzung des Völkerbundrates in Rom nicht besprochen worden sind und auch kein Punkt der britisch-ägyptischen Beziehungen vom Völkerbund diskutiert werden könne, weil er dafür „nicht kompetent" sei. Die englischen Konservativen befolgen damit eine ganz bestimmte, der Friedens- und Schiedsgerichtstendenz Macdonalds widersprechende Taktik.

S. **London**, 15. Dezember. (Eig. Drahtb.) Die Regierung des irischen Freistaates fordert, daß die Grenzstreitigkeiten zwischen Nord- und Süd-Irland dem Völkerbund zur Entscheidung vorgelegt werden. Der Vertrag zwischen England und Irland sei bei dem Völkerbund notifiziert und registriert worden. Er sei daher legitimiert, den Streit zu schlichten. Die englische konservative Regierung bestreitet kategorisch die Zuständigkeit des Völkerbundes, weil der erwähnte Vertrag eine „innere Angelegenheit des britischen Imperiums" sei. Auch dies gehört zur schiedsgerichtsfeindlichen Politik der Konservativen.

•

S. **London**, 16. Dezember. (Eigener Rundfunk.) Der Außenminister Chamberlain begann seine mit Spannung erwartete Rede über die außenpolitische Lage am Montag im Unterhaus mit — Komplimenten für den Völkerbund. Es sei wünschenswert, daß die britische Regierung durch ihren Außenminister im Völkerbundrat vertreten sei. Er sei von Rom zurückgekehrt mit neuen Kenntnissen über das Wesen der Arbeit des Völkerbundes und mit der Gewißheit seiner Nützlichkeit. Zu der Kritik an seiner Politik gegenüber Aegypten und Rußland sagte Chamberlain, daß er auf seiner Reise vielfach wegen der Haltung seiner Regierung in der ägyptischen Krise geradezu — beglückwünscht worden sei. Aber der Völkerbund habe über Aegypten nichts zu sagen, das sei eine lediglich britische Frage. Ein solcher Völkerbund findet sogar die Sympathien der englischen konservativen Imperialisten.

**Die Arbeiterpartei brachte dann einen Antrag ein, in dem das Bedauern über die Politik der Regierung gegenüber Aegypten und Rußland ausgesprochen wird.**

•

## Die ägyptischen Attentäter ermittelt

S. **London**, 15. Dezember. (Eigner Drahtbericht.) Den Untersuchungsbehörden in Kairo ist es gelungen, den Mörder des englischen Generals Stack festzustellen. Es ist der Sohn eines Beamten im Sudan. Den Täter selbst hat man noch nicht ergreifen können. Auch zwei andere am Morde als Helfer Beteiligte, die ebenfalls aus dem Sudan stammen, sind festgestellt worden. Daraufhin wurden drei der fünf von den Engländern in Kairo verhafteten Abgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt. — Der Umstand, daß die Täter aus dem Sudan kommen, wo England und nicht die ägyptische Regierung die Macht in den Händen hat, entlastet die Regierung in Kairo von den englischen Vorwürfen, daß der antienglischen Bewegung in Aegypten nicht genügende Aufmerksamkeit geschenkt worden sei.

•

## Der Sinowjew-Brief keine Fälschung

S. **London**, 15. Dezember. (Eig. Drahtb.) Ueber die Angelegenheit des Sinowjew-Briefes sagte Außenminister Chamberlain im Parlament, daß die Regierung den Brief von einer bestimmten Stelle erhalten habe, daß ihr aber schon vorher aus einer völlig anderen Quelle der ganze Inhalt des Briefes bekannt gegeben worden sei. Danach habe die Regierung auch noch von anderen vollkommen von einander unabhängigen Stellen den gleichen Wortlaut mitgeteilt erhalten. Daraus habe sie die Gewißheit über die Echtheit des Briefes gewonnen.

Als Macdonald die Regierung kritisierte, erklärte Chamberlain, die Regierung habe die Information, daß der Brief von der englischen Kommunistischen Partei empfangen und zerstört worden sei. Macdonald fuhr fort, er sei weder von der Echtheit noch von der Unechtheit des Briefes überzeugt. Die Haltung der Regierung in der Frage der russischen Verträge sei aber bedauerlich. Die Regierung solle darauf achten, daß ihr nicht andre europäische Länder zuvorkommen und ihr die Türe vor der Nase zuschlagen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19241216/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG